



Schere im Kopf – und Pfefferspray in der Tasche

Vom Einsatz des Pfeffersprays bis zur politisch unübersichtlichen Situation

Das Elmshorner Amtsgericht verurteilte einen 43-jährigen Hauptmeister zu 6300 € Strafe. Er hatte in einer typisch polizeilichen Alltagssituation Pfefferspray gebraucht. Der Einsatz erfolgte wegen Ruhestörung in einem Mehrfamilienhaus. Ein Bewohner, stark alkoholisiert und aufgebracht, wurde seinen Nachbarn zur Plage. Zum dritten Mal wurde an diesem Tag die Polizei gerufen. Jetzt sollte der renitente Bewohner mit in Gewahrsam genommen werden. Provokativ sagte er: „Das wollen wir ja mal sehen“ und zündete sich in aller Seelenruhe eine Zigarette an. Nach einem Wortwechsel erfolgte dann der Einsatz von Pfefferspray. Anschließend kam der Störenfried in Gewahrsam.

Geschichten, wie sie jeden Tag im polizeilichen Alltag aufgeschrieben werden. Nichts Besonderes, nichts Ungewöhnliches – Business as usual.

Doch nicht ganz: Es erfolgte eine Anzeige wegen Körperverletzung im Amt gegen den Polizeihauptmeister. Die Ge-

schichte landet schließlich beim Amtsgericht Elmshorn. Und damit nahm die eigentliche Geschichte ihren Lauf: Durch die Verurteilung des Polizeibeamten wurden viele, die gleiche oder ähnliche Situationen erlebt hatten, berührt. Welche Wirkung die Elmshorner Entscheidung bei Polizeibeamten

hinterlassen dürfte, braucht nicht der Spekulation ausgesetzt zu werden: Jede Beamtin/jeder Beamte im Einsatz hat die hohe Geldstrafe im Hinterkopf.

Man braucht sich nicht auszumalen, dass Polizeibeamte künftig ein viertes,



Innenminister Klaus Schlie musste für seinen Brief öffentlich Rede und Antwort stehen. Im Hintergrund beobachtet Schlies Grünen-Widersacher Thorsten Förster das Gespräch mit der Presse. Foto: Gründemann

fünftes, sechstes Mal in die Wohnung gehen und ein wirkungsloses „du, du“ aussprechen und den Nachbarn lieber ihre Plagen lassen. Ob damit allerdings dem Gemeinschaftsfrieden gedient ist, bleibt dahingestellt. **rr**

KOMMENTAR

Zu wenig Rückendeckung

Von Karl-Hermann Rehr

Entschlossen trat Innenminister Schlie an die Seite der Polizeibeamten. Er versteht, welche Komplexe durch die Elmshorner Entscheidung berührt sind. Der Innenminister darf sich nicht zurechnen lassen, er stehe einer wirkungslosen Polizei vor.

Der Wirbel um einen Brief, den der Minister an die Richterin schrieb, sollte schon groß sein. Von ministeriellem Fehlverhalten war die Rede, von Druck auf die Justiz, von Ressortüberschreitung und vielem mehr. Eigens eine Innenausschusssitzung und eine aktuelle Stunde

wurden mit dem Thema betraut. Leider trat, wie zu erwarten, der eigentliche Sachverhalt in den Hintergrund und diente dem parteipolitischen Getöse. Schlie hatte die Richterin angeschrieben und ihr angeboten, einen Nachtdienst mitzumachen. Wohlgermerkt: Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung mit der hohen Geldstrafe schon getroffen. Niemand konnte also mehr „unter Druck gesetzt werden“ und es beinhaltet auch keine Drohung. Ob es nun geschickt vom Innenminister war, ist Geschmackssache, aber das Signal in die Polizei war deutlich. Es gehört zu den Auf-

gaben der Opposition, die Regierung zu kontrollieren. Sie darf Krach machen und alle parlamentarischen Stilmittel nutzen, von der Kleinen Anfrage über Pressemitteilungen bis zur Aktuellen Stunde. Aber es gehört dazu, dass die regierungsbildenden Fraktionen „ihren“ Minister stützen. Dass aber die eigene Fraktion hier den Minister hängen ließ und keinen Wortbeitrag abliefern tat, weder der Sache noch dem Minister gut.

Einzig der Abgeordnete Gerrit Koch von der FDP versuchte zu vermitteln: Mit unspektakulärer Tonlage, emotionsfrei, versuchte er, den Pfeffersprayeinsatz vom Brief des Ministers zu trennen. Das war an dieser Stelle wohlthuend, wenn auch viel zu wenig Rückendeckung für Klaus Schlie von der gesamten Koalition.



Bürger wird Leidtragender

Ich bin erschrocken über die verschiedenen Reaktionen, die das Pfefferspray-Urteil ausgelöst hat. Es gibt bereits Kollegen, die das Spray nicht mehr mitführen mit dem Argument: „Das kann ich mir nicht leisten!“

Andere sind extrem verunsichert oder einfach nur wütend über die Ohnmacht, dagegen angehen zu können.

Die Logik in der Entscheidung ist nicht im Geringsten nachvollziehbar. Selbst die Lehrkräfte in der Polizei sind ratlos und hoffen nur, dass die einzelne Entscheidung nicht dazu führt, dass konkrete Einsätze nicht mehr wahrgenommen werden. So wird der Leidtragende in dieser Sache mal wieder der Bürger sein, der auf eine gelähmte und unsichere Polizei stößt. *Name der Red. bekannt*

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 9/2011:
Freitag, 5. August 2011



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentel:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

„Perspektive der Polizei hat mich beeindruckt“

B90/Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Robert Habeck im Interview

Eutin/tgr – Anfang Juli besuchte Dr. Robert Habeck, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, gemeinsam mit Thorsten Fürter, dem Innenpolitischen Sprecher seiner Partei, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei in Eutin. Die Stippvisite auf der Hubertushöhe war eine Station einer Sommerreise Habecks unter dem Motto „die Grünen und die Sicherheit“. „Grüne entdecken die Polizei“ lautete tags darauf die Überschrift in der Berichterstattung des Ostholsteiner Anzeigers (shz).

Bei einem Rundgang mit dem Leiter der PD AFB, Jürgen Funk, dem Leiter der ersten Einsatzhundertschaft, Ulf Witt, sowie dem Leiter der Fachinspektion Ausbildung, Michael Kock, verschafften sich die beiden Grünen-Politiker einen ersten Eindruck von der Arbeit und den Problemen der Polizei. Gegenüber der Presse erklärte Habeck den Grund für seinen Besuch und räumte ein: „Die Situation der Polizei liegt unterhalb der tagespolitischen Aufmerksamkeit bei den Grünen und könnte mehr Beachtung verdienen!“ Und auch heikle Themen wie das Vorgehen der Polizei gegen linke Gegendemonstranten bei rechten Aufmärschen in Lübeck, womit sich bereits der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags befasst hatte (das DP-Landesjournal berichtete), wurden zwischen den Grünen-Politikern und der Polizeiführung nicht ausgespart. Überrascht und angezogen zeigte sich Habeck von den Bemühungen der Polizei um Deeskalation anstelle eines autoritären Vorgehens. Der Wandel, den sich die Polizei selbst zugemutet habe, sei ihm nicht so klar gewesen, räumte der 41-Jährige gegenüber der Presse ein. Den ungewöhnlichen Besuch zweier Grünen-Politiker bei der Polizei nahm Landesredakteur Thomas Gründemann zum Anlass, Dr. Robert Habeck ergänzende Fragen zu stellen.

War Ihr Aufenthalt in der PD AFB Ihr erster Besuch einer Polizeidienststelle?

Robert Habeck: Als Politiker war er das. Das letzte Mal zuvor war ich auf einer Dienststelle, als ich meinen Personalausweis verloren habe, das war 1992, und davor, als ich verbotenerweise auf dem Fußweg meines Heimatdorfes Rad gefahren bin, das muss 1983 gewesen sein und hat, glaube ich, 5 DM gekostet.

Worüber haben Sie sich bei Ihrem Besuch Einblick verschafft bzw. was wurde Ihnen präsentiert?

Robert Habeck: Vor allen Dingen haben wir miteinander geredet – und das war super. Die Leiter der Fachbereiche und Einsatzhundertschaften haben sich sehr viel Zeit für mich genommen, den



Dr. Robert Habeck besuchte erstmals eine Polizeidienststelle. Die Aufnahme zeigt ihn nach einem Gespräch mit dem GdP-Landesvorsitzenden Oliver Malchow.

Aufbau der Dienststelle und die Art der Ausbildung erläutert. Aber schnell sind wir tief in Gespräche eingestiegen, haben auch die Probleme, die zwischen Grünen und Polizei bestehen, nicht ausgespart. Mir wurden die Unterkünfte, die Fahrzeuge und das Gelände gezeigt, aber das Wesentliche für mich war die vertrauensvolle und gradlinige Art, Dinge anzusprechen und nicht um den heißen Brei herumzureden.

Welche Eindrücke haben Sie dabei persönlich gewinnen können?

Robert Habeck: Zwei Eindrücke sind mir besonders in Erinnerung geblieben: Erstens die doch eher nüchternen Unterkünfte für die Auszubildenden in Eutin.



INTERVIEW

Man muss sicher hohes Engagement und Idealismus haben, wenn man 2,5 Jahre in den Räumen der PD AFB zufrieden lebt. Zweitens haben mich Filmaufnahmen der ersten Einsatzhundertschaft beeindruckt, die mir die Perspektive der Polizisten zeigten, wenn sie vor einer aggressiven, im Stakkato schreienden Demonstration stehen.

Theoretisch war mir natürlich klar, dass das keine angenehme Situation ist, aber hier konnte ich ahnen, wie man sich fühlt.

Was hat Ihnen bei dem Besuch besonders gut gefallen, was weniger?

Robert Habeck: Gut gefallen hat mir, dass wir versucht haben, die verschiedenen Sichten auf die Grenzwanderung zwischen Sicherheitsbedürfnis und Freiheitsbedürfnis zuzulassen. Weniger gefallen hat mir, dass der Bund die Gelder kürzen will und so zusätzliche Kosten auf das Land zuzukommen drohen.

Wie ist Ihnen von Seiten der Polizei begegnet worden? Wie haben Sie den Austausch empfunden?

Robert Habeck: Als ausgesprochen angenehm. Aber auch unverkrampft und neugierig aufeinander.

Hat sich Ihre Einstellung zur Polizei durch den Besuch etwas geändert? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Robert Habeck: Mein Besuch hat unterstrichen, was ich schon vorher als Problem neu wahr genommen habe, dass sich nämlich auch die Grünen, die ja traditionell eher staatsfern sind und eine Tradition des Demonstrierens haben, auch mit der Frage beschäftigen müssen, wie der Staat Rechte durchsetzt. Freiheit ist ja nicht nur gegen den Staat zu erkämpfen, sondern wird ja auch durch die staatlichen Institutionen verteidigt und geschützt.

Das heißt, dass es ein Konfliktverhältnis in der Sache gibt. Das aber zuzugeben oder einzuräumen ist etwas ganz anderes, als nur von Konflikten zwischen Parteien oder in diesem Fall Polizei und Grünen zu reden. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung und Aufgabe um das richtige Verhältnis „in der Sache“ zu ringen. Oder anders ausgedrückt: Wenn man weiß, dass man über die gleiche Frage streitet, dann hat man einen gemeinsamen Bezugspunkt. Mein Eindruck ist, dass wir den gefunden haben.

Planen Sie in nächster Zeit noch wei-

tere Begegnungen und Gespräche dieser Art mit der Polizei?

Robert Habeck: Ja, unter anderem eine Nachfahrt mit der Polizei Flensburg. Außerdem haben wir verabredet, den Austausch aufrechtzuerhalten. Und ich persönlich sehe die Grünen in der Verantwortung, Ihren Teil dazu beizutragen, dass gewisse Frontstellungen aufgeweicht werden – gerade im Vorfeld von Großereignissen.

In weiten Teilen der Landespolizei betrachten die Kolleginnen und Kollegen eine mögliche Beteiligung von B90/Die Grünen an einer künftigen Landesregierung mit Sorge. Was würden Sie diesen Kolleginnen und Kollegen sagen?

Robert Habeck: Ich glaube nicht, dass die Aussage so stimmt. Im Gegenteil ist auffällig, dass gerade in jüngster Zeit Polizisten auch bei den Grünen eingetreten sind. Mir ist bei meinen bisherigen Besuchen aufgefallen, dass Polizei und Grüne die gleichen Debatten führen. Vielleicht kommen Menschen zu unterschiedlichen Schlüssen, aber die Fragen sind gleich. Und das ist immer die erste Voraussetzung, gemeinsame Antworten zu finden.

ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL

Schleswig-Holstein beschließt Einführung

KIEL. Zu Beginn 2012 soll Schleswig-Holstein die elektronische Fußfessel bekommen. Sie ist zur gezielten Aufenthaltsüberwachung gedacht. Im Auge hatte das Landeskabinett vor allem die in Sicherungsverwahrung Stehenden. Sie werden zurzeit von einem hohen Personalaufgebot der Polizei rund um die Uhr im Auge behalten. Der zuständige Justizminister Schmalfuß sieht einen verbesserten Schutz der Bevölkerung. Kritiker halten entgegen, dass die Fußfessel keine Straftaten verhindere, nur besser lokalisieren lasse. Das Landeskabinett beschloss am 5. Juli 2011 weiter eine Kooperation mit Hessen. Dort findet die Aufenthaltsüberwachung per Satellit statt. Das ganze System basiert, ähnlich wie die Navigationsgeräte in einem Auto, auf dem GPS-System.

Die Fußfessel hat die Größe einer Armbanduhr. Sie ist täglich zu laden und praktisch nicht allein zu entfernen. Wird sie dennoch gewaltsam vom Körper abgenommen, folgt eine Alarmierung. Die Aufenthaltsüberwachung zielt auf Ver-



Kompaktes, am Knöchel getragenes Gerät für eine wirksame Verfolgung innerhalb und außerhalb des Wohnbereiches. Elmo-Tech's neues einteiliges 1Track GPS-Tracking-System wurde für den Bereich der Täterüberwachung entwickelt, bei der eine genaue und zuverlässige Echtzeitüberwachung durch eine wirksame Durchsetzung der Hausarrest-Ausgangssperren konzipiert wird.

urteilte, die nach ihrer Entlassung aus dem Straf- oder Maßregelvollzug unter Führungsaufsicht stehen. Wie Minister Schmalfuß ausführte, sind dies etwaige

Entlassene, die wegen schwerer Gewalt- oder Sexualstraftaten einsaßen und weiter als gefährlich eingestuft sind.

Die Entscheidung, ob jemand unter „elektronischer Aufenthaltsüberwachung“ steht, wird gerichtlicherseits bestimmt. Die Geräte sind so justiziert, dass verbotene Bereiche („Ge- und Verbotszonen“) unmittelbar eine Alarmierung auslösen. Der Alarm läuft zunächst in Hessen bei der „Zentrale für Datenverarbeitung“ auf, von wo dann die entsprechende polizeiliche Alarmierung erfolgt. Hessen hatte eine Vorreiterrolle bei der elektronischen Aufsicht. Im Mai des Jahres wurde auf der Justizministerkonferenz in Halle dann eine Übereinkunft aller Länder-Justizminister erzielt, zur Kostendämpfung dem hessischen Modell beizutreten. Ein passender Name war schnell gefunden: GÜL. Das heißt: Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder. Diese ist im Dauerbetrieb mit Personal besetzt.

Fortsetzung auf Seite 4



ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL

Fortsetzung von Seite 3

Für die Polizei bedeutet dies Entlastung, insbesondere deshalb, weil die bisherigen personalintensiven Überwachungsmaßnahmen für die in Schleswig-Holstein unter Sicherheitsverwahrung stehenden Personen durch diese Maßnahme abgelöst werden.

Da es keine Erfahrungswerte aus anderen Bundesländern gibt, bleibt die spannende Frage, wie häufig Alarmierungen bei den örtlichen Polizeidienststellen auflaufen. Denn jede Regelüberschreitung hat unmittelbare Reaktionen zur Folge.

Hersteller dieser elektronischen Fußfessel, die auch „electronic monitoring“ genannt wird, ist die Firma 3M Deutschland. Während einer Veranstaltung am 30. Juni 2011 in Kiel stellte der Repräsentant der Firma Götz Stamm das Produkt vor: Kompakt und leicht, ca. 170 Gramm, wird es an den Knöchel mit einem leicht

anlegbar und anpassbarem Gurt befestigt. Das Akku hat 24 Stunden Laufzeit und muss täglich geladen werden. Das Laden wird in der Regel während des Schlafes vorgenommen und gilt als nicht bequem. Es lassen sich alle notwendigen Daten programmieren: Zum Beispiel Ge- und Verbotszonen oder aber auch die Ladezeiten des Akkus.

Minister Schmalfuß bezifferte die einmaligen Kosten beim Land auf ca. 33 600 € jährlich sowie 230 € pro Proband an monatlichen Aufwendungen. Für Schleswig-Holstein kämen etwa 50 Personen in Frage, so der Minister. Während der Justizministerkonferenz am 19. Mai 2011 in Halle rechnete Hessens Justizminister Joerg-Uwe Hahn vor: „Ein Hafttag koste im Schnitt etwa 96 €, ein Tag Fußfessel aber nur 33,32 €. Wir haben weniger Kosten und zugleich eine bessere Resozialisierung der Probanden. Das sei ein Beispiel für „intelligentes Sparen“.“

Im Übrigen, so Michael Koettlitz vom Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP, würde eine solche elektronische Überwachungs-Regel durchaus auch einsetzbar sein für dauernde Verbote, sich bestimmten Personen oder Plätzen zu nähern, wie es beispielsweise bei pädophilen Straftätern oder auch verurteilten Stalkern der Fall wäre. Dies würde, so Koettlitz, die Arbeit der Polizei sicher erleichtern.

Während Ingrid Brand-Hückstädt von der FDP-Fraktion die Fußfessel begrüßt („Die so genannte elektronische Fußfessel ist in geeigneten Fällen ein gutes Instrument der Führungsaufsicht. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung entlastet die Polizei, fördert die Resozialisierung der Täter und erhöht vor allen Dingen die Sicherheit“), schlug die Linke eine andere Alternative zur Sicherheitsverwahrung vor: Eine freiheitlich orientierte Unterbringung!

Karl-Hermann Rehr

PODIUMSDISKUSSION – JUGENDLICHE INTENSIVTÄTER

„Schwarz-Weiß-Denken hilft nicht weiter“

Kiel/tgr – Es war, ist und bleibt offenbar ein Thema, das die Polizei beschäftigt: Wie soll der Staat mit jugendlichen Intensivtätern umgehen? Zu diesem Dauerbrenner hatte die Gewerkschaft der Polizei im Saal des schleswig-holsteinischen Landtages eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Jugendliche Intensivtäter – Ist der Staat noch handlungsfähig?“ organisiert.

Und während des Verlaufs der Veranstaltung wurde schnell klar, dass die GdP-Regionalgruppen Kiel-Plön und Schleswig-Holstein Mitte mit der Entscheidung, eine Diskussionsveranstaltung zu diesem heiklen Thema zu initiieren, richtig gelegen hatten.

Fast zweieinhalb Stunden lieferten sich die Befürworter und Gegner einer geschlossenen Heimunterbringung jugendlicher Intensivtäter im fast vollbesetzten Saal eine lebhaft und kontroverse Diskussion.

„Der Umgang mit jugendlichen Intensivtätern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, hatte Landtagspräsident Tors-



Im Podium diskutierten Roswitha Müller-Piepenkötter, Rainer Bretsch, Barbara Roesch, Prof. Dr. Thomas Bliesener und Aykut Tuncel über den angemessenen Umgang mit jugendlichen Intensivtätern.
Foto: Gründemann

ten Geerdtz zu Beginn in Erinnerung gerufen. Es gebe allerdings keine Patentlösung. Jörg Rieckhof (Regionalgruppe Kiel-Plön) leitete mit eigenen Gedanken zum Thema den von Volker Kühl und Ulrich Bahr moderierten Austausch ein, bei dem neben den fachkundigen Podiumsgästen, zu denen Staatsanwältin Barbara Roesch (Kiel), die Bundesvorsitzende des Weißen Ringes, Roswitha Müller-Piepenkötter, sowie Rainer Bretsch (Lei-

ter der Kriminalpolizeistelle Neumünster), Professor Dr. Thomas Bliesener (Psychologisches Institut/CAU Kiel) und Amtrichter Aykut Tuncel (Neumünster) gehörten, die Tagungsteilnehmer, überwiegend Polizisten, Juristen und Landespolitiker, zu Wort kamen.

Rainer Bretsch hatte mit Zahlen und Fakten und anhand einiger Einzelfälle aus der Praxis auf das Diskussionsthema eingestimmt. Bretsch befürwortete die



PODIUMSDISKUSSION – JUGENDLICHE INTENSIVTÄTER

geschlossene Heimunterbringung mit entsprechenden Anti-Aggressionskursen, in der er eine Hilfestellung für Intensivtäter sehe, die sonst häufig nur sich selber überlassen blieben. Und freiwillige Sozialtrainings würden nach seinen Erfahrungen häufig nicht genutzt. „Es ist vor allem wichtig, dass sich die jugendlichen Täter frühzeitig mit dem Opfer und den Folgen ihres Handelns befassen müssen“, meinte Roswitha Müller-Piepenkötter.

Täter würden nach Auffassung des Bundesvorsitzenden des „Weißen Ringes“ nicht genügend mit den Folgen ihrer Tat konfrontiert. Die Opferbeteiligung wäre eine präventive Maßnahme, weil dem Täter bewusst gemacht werde, was er getan habe, so Müller-Piepenkötter. Auf Ablehnung stieß die Forderung nach einem „Warnschussarrest“ bei Barbara Roesch. „Ich halte es für fraglich, ob damit ein besserer Einfluss auf jugendliche Täter erzielt wird“, erläuterte Roesch. Dagegen sei die Untersuchungshaft auch bei sehr jungen Tätern durchaus Praxis.

Zudem seien die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen nach ihrer Auffassung durchaus ausreichend. Mit der gegenwärtigen Fassung der „Wiederholungsgefahr“ könne sie gut arbeiten. Die Kritik an den angeblich zu langen Verfahren wies die Staatsanwältin zurück. Es gebe oft komplexe Tatgeschehnisse, deren juristische Aufarbeitung aus unterschiedlichen Gründen auch die entsprechende Zeit benötigte.

„Ein Arrest reicht nicht“, befand auch Professor Dr. Thomas Bliesener. Eine erkennbare Rückfallreduzierung sei damit nicht zu erzielen. Der pädagogische Einfluss auf die jugendlichen Täter sei unverzichtbar, meinte der Psychologe. Wie auch Barbara Roesch hielt Aykut Tuncel,



Moderator Volker Kühl



Moderator Ulrich Bahr

Fotos (2): Gründemann

ein Amtsrichter aus Neumünster, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für hinlänglich.

Außergewöhnliche Einzelfälle rechtfertigten keine generellen Veränderungen der Grundlagen. Es sei wieder deutlich geworden, dass Arrest und Haft nicht mit sozialpädagogischen Hilfeleistungen, gegebenenfalls auch in geschlossenen Einrichtungen gleichzusetzen seien, konstatierte Torsten Jäger in seinem Schlusswort. „Ja, der Staat ist noch handlungsfähig! Aber wir müssen sehr aufpassen, dass er es bleibt“, so der Vorsitzende der GdP-Regionalgruppe SH Mitte. Dazu bedürfe es jedoch vieler gemeinsamer Anstrengungen in einer enttabuisierten Diskussion. „Es wäre fatal, wenn sich der Staat auf resignierende Polizistinnen und Polizisten verlassen müsste. Es wäre weiter fatal, wenn Polizei, Justiz, Jugendämter, Schulen und viele mehr gegenseitig mit dem Finger auf sich zeigen. Das fängt schon in der Diskussion an. Schwarz-Weiß-Denken hilft hier nicht weiter“, befand Jäger. Und die Bürgerinnen und Bürger dürften sich nicht durch Angst und Furcht leiten lassen. Dazu müssten sie allerdings auch spüren, dass der Staat handelt und sie schütze! „Ein schlechtes subjektives Sicherheitsgefühl gefährdet auf Dauer unsere tatsächliche Sicherheit in unserem Staat!“, konstatierte Torsten Jäger. Dies müsse auch durch die Politik endlich erkannt werden, meinte Jäger am Ende der Diskussion, mit der die GdP an ihre erfolgreichen Fachtagungen der Vergangenheit anknüpfte.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Wilfried Rutschmann übernahm Vorsitz

Heiligenstedten – Die Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen hat einen neuen Vorsitzenden. Bei der Jahreshauptversammlung im Juni in der Gaststätte „Zur Erholung“ in Heiligenstedten wurde Wilfried Rutschmann zum Regionalgruppenchef gewählt. Neben vielen Ehrungen (das DP-Landesjournal berichtet in der nächsten Ausgabe) stand die Neuwahl des gesamten Vorstandes an. Neben Rutschmann bilden diesen künftig Sönke Behrmann (stellv. Vorsitzender), Lothar Tilmes (Kassenwart), Ingo Paschen (Schriftführer), Henning Storm (stellv. Kassenwart) und Ralf Sambale (stellv. Schriftführer). Der bisherige Vorsitzende Klauspeter Damerau wurde mit Ab-

lauf Juni in den wohlverdienten Ruhestand entlassen.

Nach dem offiziellen Teil beschrieben die Gastredner Oliver Malchow und Jörg Muhlack die aktuelle Situation der Landespolizei, die insbesondere im Bereich Ersatzgestellung auf noch schlechtere Zeiten schließen lässt. Nach den Ehrungen wurde ein gemütlicher Klönschnack mit frisch Gegrilltem und freien Getränken gehalten. Einziger Wermutstropfen: Wie auch schon bei den letzten



Der neue Vorstand der Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen v. l.: Henning Storm, Lothar Tilmes, Sönke Behrmann, Wilfried Rutschmann, Ingo Paschen und Ralf Sambale.

Jahreshauptversammlungen waren die aktiven Kolleginnen und Kollegen unterrepräsentiert.



Wir gratulieren

zur Beförderung

zum Polizeidirektor

Frank Matthiesen, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum Polizeihauptkommissar A 12

Jörg-Thomas Voß, RG Kiel-Plön

zur Polizeihauptkommissarin

Imke Kalus, RG Segeberg

zum/zur Polizeioberkommissar/-in

Jessica Stange, RG AFB; Torsten Baar, Christian Johannsen, RG Lübeck-Ostholstein; Regina Beyermann, RG Segeberg;

zum Regierungsoberinspektor

Florian Schneider, RG Kiel-Plön

zum/zur Kriminalkommissar/-in

Christian Blaczinski, Roman Galitchi, Tammo Köller, Rayk Schwentkowski, Hava Vatasdas, Annika Wodnick, RG AFB

zum/zur Polizeikommissar/-in

Peter Döscher, Nadine Eichnau, Christina Göttisch, Jannika Kostrzewa, Jörn Lange, Christine-Dorette Lorenzen, Christoph Nüser, Martina Süncksen, Arkadiy Vengerskiy, Stefan Wilkenloh, RG AFB; Julian Bercht, Kai-Lutz Brava, Markus Indorf, Jeffrey Venderbosch, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum 1. 7. Polizeihauptmeister mit Zulage und 1. 8. Polizeikommissar

Michael Bernier, RG Lübeck-Ostholstein

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Ralph Garschke, Birger Schwien, RG Lübeck-Ostholstein

zur Diamantenen Hochzeit

Georg Schulz und Ehefrau, RG Lübeck-Ostholstein

zur Goldenen Hochzeit

Hans Olf und Ehefrau, RG Schleswig-Holstein Mitte

zur Vermählung

Anja Wenisch und Ehemann, RG Lauenburg-Stormarn; Michael Nanz und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg; Martin Ganzert und Ehefrau Sylvia Serrano, RG Schleswig-Holstein Mitte; Sönke Nagel und Ehefrau, RG Segeberg

In den Ruhestand traten

Karl Godbersen, RG Schleswig-Flensburg; Horst-Peter Arndt, RG Segeberg; Hans-Joachim Lembrecht, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



Seit über 60 Jahren gehört Georg Schulz der Gewerkschaft der Polizei an. Der ehemalige Leitende Kriminalpolizeidirektor lebt seit einigen Jahren in Hessen, ist jedoch auf eigenen Wunsch Mitglied im Landesbezirk Schleswig-Holstein geblieben. Für seine langjährige Treue zur GdP wurde Georg Schulz vom hessischen Landesvorsitzenden Heinz Schiskowsky (Foto l.) ausgezeichnet und erhielt eine Dankesurkunde sowie ein Präsent der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein. Besondere Ehrentage begingen Ende Juni Telse Ploog und Paul Husmans. Telse Ploog, die über viele Jahre das Gesicht der GdP-Geschäftsstelle in Kiel prägte, feierte ihren



75. Geburtstag, Paul Husmans, ehemaliger Seniorenvertreter der PD AFB Eutin, sogar seinen 90. Ehrentag. *tgr*

WANTED – BILDER, ARTIKEL, FILMMATERIAL, SONSTIGES

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frauengruppe möchte sich ebenfalls an den Vorbereitungen zum 25-jährigen Jubiläum „Frauen in der Schutzpolizei“, das in diesem Herbst ansteht, beteiligen. Dazu sind wir auf eure Unterstützung angewiesen! Wir möchten die Ausstellung „Von der Polizeiasistentin zur Führungskraft“, die im September in Eutin vorgestellt wird, mit Beiträgen aus Schleswig-Holstein ergänzen. Bitte schickt uns alles, was ihr dazu in euren privaten „Archiven“ finden könnt, egal ob Zeitungsartikel, Fotos, Filmmaterial, Uniformteile, pp. an die GdP-Geschäftsstelle, Dorith Stubenrauch-Schulz, Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, E-Mail: dorith.schulz@gdp-online.de





USA
Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 899,-

Christmas-Shopping in New York

PSW-Termin: 09. bis 14. Dezember 2011 ab / bis Hamburg

New York City ist eine Stadt voller Kontraste, die ihr Gesicht von Tag zu Tag ändert und Ihnen immer wieder neue Perspektiven, Ausblicke und Überraschungen bereiten wird. NY - The City that never sleeps...

09.12. Anreise nach New York

10.12. Eindrücke von Manhattan - Am Vormittag beginnt Ihre ca. 4-stündige Panoramastadtrundfahrt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten von Manhattan (fakultativ). Es erwarten Sie Highlights wie das Rockefeller Center, der Broadway, die 5th Avenue oder z. B. der Central Park, grüne Oase mitten in der City.

11.12. New York - Nutzen Sie den freien Tag und erledigen Ihre Weihnachtseinkäufe direkt in New York City, das bereits weihnachtlich geschmückt ist.

12.12. New York - Heute haben Sie Gelegenheit, die „Stadt, die niemals schläft“ auf eigene Faust zu erkunden. Statten Sie dem Guggenheim oder dem Museum of Modern Art einen Besuch ab. Spazieren Sie durch den Central Park oder tauchen Sie ein in die Vielfalt der Stadt bei einem Besuch von Chinatown oder Little Italy. Ihre Reiseleitung gibt Ihnen gern Tipps für den Tag!

13.12. Heimreise - Nutzen Sie die Zeit bis zum Flughafentransfer nach Ihren eigenen Vorstellungen. Am Abend Rückflug nach Hamburg über Frankfurt.

14.12. Heimreise - Ankunft in Hamburg

Allgemeine Hinweise: Mindestteilnehmerzahl 20 Personen. **Veranstalter:** Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 18, 24118 Kiel
Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

Eingeschlossene Leistungen:

- Lufthansa-Linienflüge ab / bis Hamburg nach Newark (New Jersey) / von John F. Kennedy (New York)
- Luftverkehrsabgabe, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand April 2011)
- Flughafentransfers in bequemen Reisebussen
- 4 Übernachtungen im **Holiday Inn Hasbrouck Heights** (New Jersey) Zimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Gebeco-Städtereiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Gebeco-Informationsmaterial mit Reiseleiter
- PSW-Reisebegleitung

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer	899,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	365,- Euro
Aufpreis 4 x Frühstück (optional)	60,- Euro
Stadtrundfahrt (optional)	45,- Euro

PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Mehrere Termine verfügbar!
Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 489,-

Ostern 2012 im Königlichen Madrid

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen* im April 2012

Fotos: Turespana

Ihr Hotel Rafael Ventas***
Ihr Hotel befindet sich in der belebten Geschäftsstrasse Alcalá. Das Hotel hat eine besondere Dekoration, die aus einer Sammlung malerischer Werke besteht. Alle Zimmer sind ausgestattet mit Klimaanlage, Safe, Minibar, Room-Service, TV+Satelliten-Kabelanschluss, Fön.

Reiseverlauf: **1. Tag: Hamburg – Madrid** / Flug von Hamburg nach Madrid, Transfer zu Ihrem Hotel Rafael Ventas. **2. Tag: Halbtägiger Altstadtrundgang Madrid** (fakultativ) Der Spaziergang führt durch das urige Madrid des 16. Jh. mit seinen verwinkelten Gassen und größtenteils unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden. **3. Tag: Halbtägiger Ausflug zum Monasterio El Escorial** (fakultativ) / In 50 km Entfernung von Madrid erhebt sich auf der südlichen Seite des Guadarrama Gebirges das Monasterio de El Escorial, Denkmal und Symbol der Zeit Philipp II. **4. Tag: Ganztagesausflug nach Toledo und Aranjuez** (fakultativ) / Sie fahren Richtung Süden, in die mittelalterliche Stadt Toledo. Auf der Rückfahrt Stopp in Aranjuez, ein Städtchen 50 km südlich von Madrid, das in den fruchtbaren Tälern von Rio Tajo und Rio Jarama liegt. **5. Tag: Rückflug nach Hamburg** / Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland.

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl pro Termin 25 Personen. **Veranstalter:** DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour.

Inkludierte Leistungen:

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class von Hamburg nach Madrid und zurück
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- Flughafensteuern und Gebühren (Stand: 5/2011)
- ÖPNV-Coupon
- 4 Nächte mit Frühstück im *** Hotel Rafael Ventas im Zentrum Madrids
- örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseleiter
- Insolvenzversicherung
- PSW-Reisebegleitung

Ausflugspaket

- Stadtrundgang Madrid, halbtägig
- El Escorial, halbtägig inkl. Eintritt
- Toledo und Aranjuez, ganztägig inkl. Eintritte

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer pro Person	489,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	160,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	149,- Euro

PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

*** PSW-Reisetermine 2012:** 03. - 07. April (Di bis Sa), 05. - 09. April (Do bis Mo), 07. - 11. April (Sa bis Mi)

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

10. Juni

Michael Hocke, Leiter des 1. Polizeireviers in Flensburg, ist zu Besuch auf der Geschäftsstelle. Hocke ist zugleich Vereinsvorsitzender und Landesbeauftragter für Polizeigeschichte und polizeigeschichtliche Sammlungen. Unterstützt wird der Verein ganz wesentlich von Pfarrer Wolfgang Kroker, der schon lange an der Polizeigeschichte arbeitet und auch persönliche Sammlungen hat. Seine persönliche Sammlung hat er dem Volkskundemuseum überlassen. Das Volkskundemuseum kann mit einer wechselnden Ausstellung, zzt. **Krawall – unruhige Zeiten 1840–2010**, in Schleswig auf dem Hesterberg, exakt: Suadicanistraße 46–54, besichtigt werden.

Hocke holt von uns aussortierte Materialien, die ebenfalls zur Polizeigeschichte gehören, ab. Sie werden ebenfalls dem Volkskundemuseum zugeführt. Dort befinden sich bereits viele Tausend Objekte von Ausrüstung, Uniformen bis Ausstattung sowie Bemerkenswertes aus dem Polizeialltag. Die Ausstellung kann auch besucht werden. Das Polizeimuseum Nord e.V. erreicht man über Hockes Privatanschrift in 24943 Flensburg, Vogelbeerenweg 8, oder über die Anschrift des LPA, Kiel, denn dort gibt es ein Postfach in der Registratur.

17. Juni

Das Thema „Treppenlift“ stellt sich schwerpunktmäßig für Senioren. Wir werden heute darüber unterrichtet, dass Krankenkassen den Einbau eines Treppenliftes bezuschussen. Voraussetzung ist, dass Antragsteller mindestens in Pflegestufe I eingestuft sind. Ein Treppenlift-Hersteller führt ergänzend aus: „Der Zuschuss wird in Höhe von 2557 € aus der Pflegeversicherung gewährt.“ Das Unternehmen empfiehlt weiter, gleichzeitig auch einen Antrag an die Krankenkasse zu richten.

18. Juni

Im E-Mail-Briefkasten heute ein Schreiben von Thomas Bauer aus Nürnberg. Bauer ist bei der dortigen Verkehrspolizeiinspektion tätig. Er hat eine Broschüre unter dem Titel „Manipulation an Kraftfahrzeugen“ erstellt. Diese war in Fachkreisen schnell vergriffen. Bauer denkt nun über eine Neuauflage nach. Wer mehr dazu wissen will, findet hier zusätzliche Informationen: www.Manipulation-an-Kraftfahrzeugen.de

21. Juni

Besuch eines Kollegen der Wasserschutzpolizei. Es geht um ein Stellenbesetzungsverfahren (zweite Bootsführerstelle) bei einem Wasserschutzpolizeirevier. Offensichtlich gibt es für diese Stelle zahlreiche Interessenten. Gleich am nächsten Tag melden sich abermals mehrere „Konkurrenten“. Dem Vernehmen nach sollen es 16 oder 17 sein, die nicht berücksichtigt wurden. Wir werden das Stellenbesetzungsverfahren in der Rechtsschutzkommission besprechen. Abgesehen von den Einzelheiten dieses Falles zeigt die Situation, wie schlecht die Perspektiven für die Oberkommissare sind, denn es geht um eine PHK-Stelle (A 11). Und ein Zweites geht bei diesem Stellenbesetzungsverfahren einher: Das ist die schlechte Stimmung all derer, die nicht berücksichtigt wurden und denen man aufgrund der Stellensituation auch keine Karriereaussichten aufzeigen kann.

27. Juni

Das Inkassounternehmen Creditreform schreibt uns. Schon seit Jahren haben wir eine Mitgliedschaft dort. Sie wird immer dann wichtig, wenn Polizeibeamte, die GdP-Mitglied sind, beispielsweise Schmerzensgeld durch ein Gericht zugesprochen bekommen, aber durch die Angeklagten nicht gezahlt wird. Creditreform ist beharrlich. 30 Jahre wird ein Titel verfolgt. So auch in diesem Fall: Ich kann eine Kollegin darüber informieren, dass ein Schmerzensgeld aus dem Jahre 1997 nun endlich vollstreckt ist. Zwar behält sich das Inkassounternehmen eine 50%-ige Erfolgsprovision vor, aber 50% sind immer mehr als 0%.

28. Juni

Auch die Gewerkschaft der Polizei wird überprüft: Zu einer regelmäßigen Lohnsteuerprüfung erscheint heute das Finanzamt und lässt sich alle lohn- und gehaltsrelevanten Unterlagen vorlegen. Aber: Ordentliche Buchführung wird uns bescheinigt. Ein Buchungsfehler kann bereinigt werden. Auch Prüfer müssen ein Erfolgserlebnis haben.

4. Juli

Vom 18. bis 21. Oktober 2011 findet in Düsseldorf die Messe für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin statt. Die GdP ist mit einem Stand dort vertreten. Der Schwer-

punkt des GdP-Standes: Suizid-Prävention. Weiter gibt es eine Reihe interessanter Themen wie Personalräte im Arbeits- und Gesundheitsschutz, aktuelles aus dem Gefahrstoffrecht, Explosionsschutz und vieles mehr. Näheres: www.AplusA.de. Einladungen gehen an die Sicherheitsbeauftragten in den Behörden.

6. Juli

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte wegen gestaffelten Urlaubsanspruchs zu entscheiden. Unter gestaffeltem Urlaubsanspruch versteht man unterschiedliche Urlaubsansprüche zu unterschiedlichen Lebensaltern. Das kennt auch der öffentliche Dienst. Aber der zu verhandelnde Fall kam aus dem Einzelhandel. Hier bekamen jüngere Arbeitnehmerinnen mehr Urlaub als ältere. Somit war es nicht auf den öffentlichen Dienst übertragbar, weil hier die umgekehrte Situation vorliegt. Wer älter ist, hat einen höheren Urlaubsanspruch, weil ältere Arbeitnehmer auch mehr Zeit zur Regeneration benötigen als jüngere. Und dies wurde durch das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg vorher bereits als zulässig anerkannt.

TERMINE

Einladung!

**Schleswig-Holstein Mitte
Bereich Neumünster**

– Seniorengruppe –

Vierteljahrestreffen mit Kaffee und Kuchen am **Mittwoch, 24. August 2011, 14.30 Uhr**, in der *POL-Kantine, Alemanenstraße 14–18, Neumünster*. Letzte Informationen zur Harz-Reise (**Treffen am 21. September 2011 entfällt!**). Anmeldungen bitte unbedingt bis 22. August 2011 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21/ 2 25 16.

Segeberg

Mitgliederversammlung am **Mittwoch, 7. September 2011, 13.00 Uhr**, *Freiwillige Feuerwehr Harksheide, Schützenwall 47, 22844 Norderstedt*.

